

«Terrorzellen zu infiltrieren, ist schwierig»

Interview mit dem früheren CIA-Chef James Woolsey

Die Anschlagsserie in Madrid wirft erneut Fragen auf, wie der Terrorismus bekämpft werden kann und Anschläge zu verhindern sind. Nach Auffassung des ehemaligen CIA-Chefs James Woolsey wird die Eindämmung viel Zeit in Anspruch nehmen. Die Gegenstrategie, über die Woolsey auch in einem Vortrag vor der Progress Foundation in Zürich sprach, hat nachrichtendienstliche, aber auch politische und kulturelle Elemente. Die Fragen stellten die Auslandredaktoren Reinhard Meier und Hansrudolf Kamer.

Soeben ist Spanien durch eine Serie von blutigen Anschlägen erschüttert worden. Weshalb können solche Tragödien nicht verhindert werden?

Informationen über terroristische Gruppen und ihre Pläne sind sehr schwer zu bekommen, weil sie häufig als kleine Zellen operieren. Es ist schwierig, Agenten einzuschleusen. Auch das Abhören von Signalen funktioniert häufig nicht, weil solche Zellen mitunter nur durch Kuriere miteinander kommunizieren. Man muss aber alle möglichen Methoden einsetzen, um ihnen auf die Spur zu kommen. Man muss sie auch politisch möglichst isolieren. In Spanien hat man einiges getan, um den kulturellen und politischen Anliegen der Basken entgegenzukommen. Wir müssen auf dieser politischen Ebene auch im Kampf gegen die Kaida vorankommen, das heisst die Zusammenarbeit mit konstruktiven muslimischen Kräften nach Möglichkeit intensivieren. Aber das ist ein langer und harter Kampf.

Spione oder Satelliten

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA ist eine Diskussion über das richtige Instrumentarium der Geheimdienste zur Verhinderung solcher Katastrophen entbrannt. Es wurde argumentiert, dass die CIA sich in den letzten Jahren zu wenig auf Spezialisten und Spione und zu einseitig auf elektronische Überwachungsmittel gestützt habe.

Es hat bei uns eine gewisse Verlagerung gegeben. Die USA bekommen übrigens einen erheblichen Teil ihrer Auslandsinformationen durch Zusammenarbeit mit befreundeten Geheimdiensten. Das gilt zum Beispiel für unsere Beobachtungen über die Vorgänge in Syrien. Es stimmt, dass man durch technische Mittel wie die Satellitenüberwachung verhältnismässig wenig über die Aktivitäten von Terroristen erfährt.

Ist es schwierig, gute Geheimdienstmitarbeiter mit hoch qualifizierten Kenntnissen in weniger gängigen Sprachen zu finden?

Es ist nicht einfach, doch haben wir als Einwanderungsland da auch Vorteile: Es gibt in den USA zum Beispiel grössere Einwanderergruppen aus Ländern des Nahen Ostens in der ersten oder zweiten Generation. Diese Bürger sprechen ihre Muttersprache immer noch fliessend und sind in der Regel sehr patriotische Amerikaner. Ich höre, dass aus solchen Kreisen inzwischen eine verstärkte Rekrutierung für die Dienste der CIA und des FBI (das hauptsächlich für die innere Sicherheit in Amerika zuständig ist) stattfindet.

Dennoch, es bleibt sehr viel schwieriger, kleine terroristische Zellen zu infiltrieren und deren Bewegungen vorauszusagen, als es etwa war, Verschiebungen oder Pläne bei den sowjetischen Streitkräften während des Kalten Krieges auszukundschaften. Jede Art von terroristischen Angriffen werden wir kaum je zuverlässig voraussagen können. Was wir aber deutlich verbessern können, ist die Widerstandsfähigkeit ziviler Versorgungsnetze gegenüber solchen Attacken und die

Flexibilität dieser Netze.

Einschränkung der Bürgerrechte?

Man hat den Eindruck, dass gerade in diesem Wahljahr in der amerikanischen Bevölkerung die Skepsis und die Widerstände gegen noch mehr Sicherheitsmassnahmen zunehmen, die auch die Bürgerrechte und Freiheiten einschränken.

Es gibt einen Disput darüber, ob diese oder jene Massnahme im Gesetzespaket der sogenannten Patriot Act, die der Kongress verabschiedet hat, notwendig ist oder nicht. Immerhin sind Entscheidungen der Regierung aufgrund dieser Gesetze bisher von den Gerichten in der Regel als rechtmässig anerkannt worden.

Zu diesen neuen Massnahmen gehören Fingerabdrücke von Ausländern, die in die USA einreisen. Hätte diese Massnahme die Anschläge vom 11. September verhindert, wenn sie damals schon zur Praxis gehört hätte?

Möglicherweise hätte man die Einreise einiger Terroristen, die an diesen Attacken beteiligt waren, verhindern können, kaum aber in jedem Fall. Wir arbeiten weiter an der Verfeinerung dieser Massnahmen, auch in dem Sinne, dass gewöhnliche Reisende nicht unnötig belästigt werden. Schliesslich liegt ein offener Zugang zu unserem Land auch in unserem eigenen Interesse.

Sie haben die militärische Invasion im Irak unterstützt. Ihr Nachfolger, George Tenet, wurde diese Woche in einem Kongress-Hearing mit der Aussage konfrontiert, dass die bisher vergebliche Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak einem Desaster für die Nachrichtendienste gleichkomme.

Nein, das glaube ich nicht. Dennoch hat die Administration Bush nach meiner Meinung sicher Fehler begangen in der Art, wie sie über die Massenvernichtungswaffen in der Öffentlichkeit gesprochen hat. Die Begründung des Vorgehens gegen den Irak hat Präsident Bush in seinem Strategie-Dokument im September 2002 dargelegt. Dort wurde betont, wenn es um ein Regime gehe, das die Menschenrechte verletze, das Programme zur Herstellung von ABC-Waffen und ausserdem Verbindungen zu Terroristengruppen unterhalte, dann bestehe ein grosses Risiko. Deshalb werde ein solches Land zum Kandidaten für ein präventives militärisches Vorgehen. Der Irak erfüllte alle diese Kriterien.

Man hätte aber die anderen Argumente wie die schweren Menschenrechtsverletzungen und mögliche Verbindungen zu Terrorgruppen stärker ins Feld führen sollen. Ausserdem wurde der Begriff «Waffen» zu wenig differenziert erklärt. So wurde in der Öffentlichkeit erwartet, dass man im Irak ganze Lagerhäuser voller Bomben, Granaten und Raketen finden würde.

Tatsächlich hätte man von Komponenten, von Wirkstoffen für Massenvernichtungsmittel – insbesondere für biologische und chemische Waffen –, sprechen sollen. Solche Bestandteile sind leicht auf kleinem Raum zu verstecken. Sie hätten auch

verhältnismässig leicht in letzter Minute vor Kriegsbeginn zerstört oder ins Ausland nach Syrien geschmuggelt werden können. Auch ist es sehr leicht, Produktionsanlagen zu verstecken. Ich halte es immer noch für möglich, dass über diese Vorgänge eines Tages noch mehr Informationen zum Vorschein kommen.

Nordkorea, Iran und Libyen

Nun gibt es drei andere Problemfälle bei der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Nordkorea, Iran und Libyen. Sie sind alle unterschiedlich, doch auch hier spricht man von einem Versagen der Nachrichtendienste.

Richtig. Alles, was man nicht weiss und man wissen möchte, ist in einem gewissen Sinn ein nachrichtendienstliches Versagen. Dass das Netz von Abdul Qadeer Khan, dem «Vater der pakistanischen Atombombe», lange Zeit unentdeckt funktionieren und dass Ghadhafi sein Atomwaffenprogramm weiter vorantreiben konnte, als wir angenommen hatten, das war ein Fehlschlag. Doch nachher entdeckten wir diese Aktivitäten; das war ein Erfolg. Die Tatsache, dass Ghadhafi sich schliesslich dazu entschloss, seine Aktivitäten offen zu legen, hat zweifellos mit dem amerikanisch-britischen Vorgehen gegenüber dem Irak zu tun. Jene, die immer noch glauben, Libyen hätte sich so oder so zu einem Sinneswandel entschlossen, sind eher naiv.

Nordkorea und Iran sind komplizierte Fälle. Doch was ist zu tun? Das iranische Regime ist sehr unpopulär und arbeitet ganz offensichtlich daran, Atomwaffen herzustellen. Dennoch wäre ein militärisches Vorgehen in diesem Fall falsch, weil es das Regime mit der Opposition vereinen würde. Es ist wichtig, internationalen Druck aufrechtzuerhalten und allenfalls wirtschaftliche Sanktionen zu verschärfen. Nordkorea ist ganz anders. Die Chance, dass Kim Jong Il sich zu Reformen entschliesst und unter Druck der eigenen Bevölkerung gerät, ist nicht sehr gross. Das ganze Land ist ein potemkinsches Dorf. Seine einzigen zählbaren Exportprodukte sind Heroin und ballistische Raketen. Den Schlüssel für eine friedliche Lösung hat China. Es müsste sich klar darüber werden, dass mit Nichtstun die Gefahr zunimmt, dass nicht nur Südkorea, sondern auch Japan und vielleicht Taiwan Nuklearwaffen erwerben oder herstellen. Die Gefahr besteht im Übrigen nicht darin, dass Nordkorea Hawaii oder Südkorea angreift, sondern, dass es Nuklearmaterial auf den internationalen Markt wirft.

Kommissionen und Komitees, eine ganze Reihe von ihnen, untersuchen zurzeit die Geheimdienstarbeit in Washington.

Nun, das ist die amerikanische Art. Wir hatten nicht weniger als sieben Ausschüsse, die Pearl Harbor unter die Lupe nahmen. Gegenwärtig sind es sechs, die an der Arbeit sind. Auf Gott vertrauen wir; für alles Übrige haben wir «checks and balances».